

beitgeben, aber auch nicht von den Arbeitnehmern getragen werden können. Dieses Parlament berät in mühsamen Sparrunden und Entlastungsprogrammen über dringend notwendige Reduktionen im Staatshaushalt, und mit einem Schlag sollen diese Errungenschaften durch die jährliche Mehrbelastung von 2,9 Milliarden Franken für Kinderzulagen wieder zunichte gemacht werden. Das genau Gleiche gilt auch für die grossen Sparanstrengungen in den Kantonen. Wer Derartiges macht, handelt unverantwortlich, schildbürgerhaft und zeichnet massgeblich verantwortlich für die weitere Schuldenanhäufung in unserem Staat zulasten der nachfolgenden Generationen.

Diese Initiative ist derart übertrieben und mit derart nichtverknüpfbaren Auswirkungen für unser Staatswesen, die Wirtschaft und die Bürger verbunden, dass sie bei der Volksabstimmung keine Chance haben oder Gnade finden wird; davon bin ich vollends überzeugt. Dafür braucht es überhaupt kein taktisches Element in der Form eines Gegenvorschlages, was eine Fristverlängerung notwendig machen würde. In diesem Sinne ist für mich die Fristverlängerung nicht notwendig und auch nicht akzeptabel.

Ich lehne sie deshalb ab und bitte Sie, dem Antrag Jenny, der die Fristverlängerung zur Ablehnung beantragt, zuzustimmen.

Stähelin Philipp (C, TG): Die Kollegen Jenny und Kuprecht haben sich jetzt materiell mit der Initiative auseinander gesetzt. Sie haben da gewissermassen bereits die schwere Artillerie zum Einsatz gebracht, aber sie schiessen zu früh. Auch ich stehe dieser Initiative inhaltlich nicht positiv gegenüber, aber dies ist heute nicht Gegenstand unseres Entscheides. Es geht heute um die Fristverlängerung; es geht um das Prozedere und nicht um den Inhalt dieser Volksinitiative.

Ich will, dass der Bürger und die Bürgerin über die Volksinitiative in Kenntnis aller übrigen Bestrebungen in diesem Bereich abstimmen können. Dazu gehört eben auch, dass die Kinderzulagen bereits Thema einer parlamentarischen Initiative im Nationalrat sind, dass dieser Folge gegeben worden ist und dass nun seitens des Nationalrates ein Entwurf vorliegt. Wir wiederum – das wissen die beiden Kommissionsmitglieder auch, die bereits gesprochen haben – befassen uns zurzeit mit dieser Materie. Wir haben Anhörungen gemacht und werden uns an unserer Sitzung im August dieses Jahres mit den Beschlüssen des Nationalrates auseinander setzen, wenn ich es richtig in Erinnerung habe.

Unsere Stimmbürgerinnen und Stimmbürger müssen doch wissen, was dann seitens des Parlamentes auf dem Tisch liegt. Sie können das in dieser Phase nicht auseinander nehmen. Die beiden Verfahren gehören jetzt zusammen. Ich meine, es wäre nicht sehr demokratisch, wenn wir jetzt die Volksinitiative vorziehen würden und das Schicksal der parlamentarischen Initiative dabei offen bliebe. Das Volk soll wissen, welche Entscheide noch auf es zukommen werden. Ich bitte namens der Kommission, in dieser Situation die Fristverlängerung zu gewähren; das ist auch das absolut übliche Prozedere.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

05.9001

Mitteilungen des Präsidenten Communications du président

Präsident (Frick Bruno, Präsident): Ich möchte auf der Tribüne eine Delegation der Grossen Nationalversammlung der Republik Türkei willkommen heissen. Sie steht unter der

Leitung von Herrn Mehmet Dülger. Er ist Präsident der Aussenpolitischen Kommission. Herzlich willkommen! *(Beifall)*

Die Delegation weilt auf Einladung unserer Aussenpolitischen Kommission in der Schweiz. Letztes Jahr hat eine Delegation unserer Aussenpolitischen Kommission unter der Leitung unseres Kollegen Peter Briner die Republik Türkei besucht. Wir wünschen Herrn Kommissionspräsident Dülger und seinen Kollegen interessante Gespräche sowie einen angenehmen Aufenthalt in unserem Land. Wir hoffen sehr, dass dieser Besuch dazu führt, die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Türkei weiter zu verbessern. Wenn uns dies gelingt, ist das ein grosser Erfolg! *(Beifall)*

04.016

Für fairere Kinderzulagen. Volksinitiative

Pour de plus justes allocations pour enfant. Initiative populaire

Fortsetzung – Suite

Botschaft des Bundesrates 18.02.04 (BBl 2004 1313)

Message du Conseil fédéral 18.02.04 (FF 2004 1195)

Nationalrat/Conseil national 10.03.05 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 15.03.05 (Frist – Délai)

Bericht SGK-SR 03.05.05

Rapport CSSS-CE 03.05.05

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.05 (Frist – Délai)

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.05 (Fortsetzung – Suite)

Fetz Anita (S, BS): Auch ich bitte Sie, den Antrag Jenny abzulehnen und der Fristverlängerung um ein Jahr zuzustimmen. Nachdem Kollege Jenny und Kollege Kuprecht hier den Teufel an die Wand gemalt haben, bitte ich Sie, nun wieder auf den Boden der Realpolitik zu kommen. Diese sieht so aus, dass im Moment Ihre SGK einen Gegenvorschlag zur Initiative erarbeitet; das ist ein uralter Auftrag einer parlamentarischen Initiative aus dem Jahre 1992. Es geht darum, die Kinderzulagen in der Schweiz zu harmonisieren, damit nicht jeder Kanton in diesem Bereich eine andere Politik macht, und sie auch auf ein modernes Niveau zu heben. Im Moment steht zur Diskussion: 200 Franken. Unser Schwesterrat, der Nationalrat, hat diesem Betrag schon zugestimmt.

Ich bitte Sie, doch auch daran zu denken, dass alle Parteien jeweils das Loblied zur Förderung der Familie singen; insbesondere im letzten Wahlkampf war das eine der Hauptaus-einandersetzungen. Wir alle gelobten, in Bezug auf die Familienförderung mehr zu unternehmen.

Für die Fristverlängerung ist auch das demokratische Vorgehen ein wichtiger Grund. Das Volk soll nämlich um beide Varianten wissen; es soll entscheiden können, für welche der Varianten es ist, entweder für die Variante der Initiative, die um einiges höher liegt, oder für die Variante, die hoffentlich beide Kammern des Parlaments vorschlagen werden.

Es ist übrigens ein wichtiges Anliegen der Initiative, hier auch Druck zu machen. Dass Druck nötig ist, zeigt ja die unendliche Geschichte der parlamentarischen Initiative Fankhauser, die jetzt mehr als 13 Jahre alt ist, die in den Schubladen gelegen hat. Es brauchte offenbar den Druck dieser Initiative.

Übrigens gehört es auch zu den demokratischen Gepflogenheiten eines Parlamentes, auf Volksinitiativen nicht nur mit schroffer Ablehnung zu reagieren, sondern sich auch ein paar Gedanken darüber zu machen, welche inhaltlichen Forderungen gerechtfertigt sind. Sie sind in diesem Bereich, auf dem moderaten Niveau der angepeilten 200 und 250 Franken, mehr als gerechtfertigt.

In diesem Sinne bitte ich Sie, der Fristverlängerung zuzustimmen und den Antrag Jenny abzulehnen. Ihre Munition,

Herr Jenny und Herr Kuprecht, können Sie ja dann im Abstimmungskampf verschiessen; es ist im Moment noch nicht nötig.

Langenberger Christiane (RL, VD): J'aimerais simplement relever que je n'ai pas peur de cette initiative populaire. Je crois qu'elle dépasse tellement les limites de ce que l'on attend d'un projet qu'elle sera largement rejetée par la population.

Néanmoins, je trouve aussi plus honnête et normal dans notre débat démocratique de pouvoir lui opposer un contre-projet. Cela même si je ne suis pas forcément prête, dans l'état actuel de nos discussions dans la commission du Conseil des Etats, à soutenir le contre-projet tel qu'il a été formulé au Conseil national.

Je pense que là aussi, il y a encore moyen de discuter des montants à disposition. Le coût tel qu'il est évoqué actuellement – c'est-à-dire quelque 700 millions de francs pour nos entreprises et 200 millions pour les cantons – est important. Dans l'état actuel des débats, je ne suis pas en mesure de dire si je pourrai l'approuver. Mais enfin, nous sommes au tout début de la discussion au niveau de notre commission. J'espère que nous trouverons une solution qui soit supportable pour l'économie et les cantons.

Je relève que dans le cadre de nos premiers débats, nous n'avons entendu que des personnes soutenant le contre-projet du Conseil national et que les milieux économiques n'étaient pas représentés. Je trouve fort dommage que nous n'ayons pas pu discuter ouvertement avec les milieux économiques des possibilités qui seraient ouvertes et supportables pour eux, et j'espère que nous pourrions encore entendre des représentants de ces milieux.

Kuprecht Alex (V, SZ): Gestatten Sie mir eine Antwort zu Kollege Stähelin. Im Grundsatz sind wir uns einig, dass diese Initiative vor dem Volk keine Chance haben wird. Wir unterscheiden uns hingegen in dem Punkt, als Sie mit dem Gegenvorschlag taktieren und ich der Meinung bin, dass auch 400 Millionen Franken, die wahrscheinlich die parlamentarische Initiative auslösen wird, kaum verkraftbar sind. Ich erinnere daran, dass wir praktisch keine einzige Sozialversicherungseinrichtung haben, die zurzeit eine ausgeglichene Rechnung aufweist. Ich verstehe, dass Sie aus Ihrer Sicht – als CVP-Mitglied – natürlich ein bisschen dafür sprechen werden. Im Übrigen ist es nicht so ganz ohne, wenn Initiativen ohne Gegenvorschlag unterbreitet werden. Das haben wir schon mehrmals erlebt und werden es wahrscheinlich noch mehrmals erleben.

Zu Frau Fetz: Harmonisierung hat immer die Tendenz, dass diese Beträge später tendenziell höher und nicht tiefer werden. Bei einem Betrag von 200 Franken haben wir nach wie vor das Problem, dass sich dieser Betrag eigentlich nicht am Bedarf orientiert, was ja Sozialleistungen eigentlich grundsätzlich zu tun hätten. Es könnte durchaus sein, dass ein Familienvater mit tiefem Einkommen eher den Anspruch auf eine höhere Entschädigung erheben sollte und derjenige mit hohem Einkommen auf eine tiefere: Das wäre wahrscheinlich eine Lösung in die richtige Richtung; sie würde sich am Bedarf orientieren.

Ich bin nicht für Taktieren. Ich bin dafür, dass man den Bürgern klaren Wein einschenkt. Man kann das eine tun, und das andere – spricht: die Ausarbeitung der parlamentarischen Initiative als Gegenvorschlag – nicht lassen.

Stähelin Philipp (C, TG): Sehr kurz: Lieber Herr Kollege Kuprecht, lassen wir die Parteipolitik in diesem Rat auf der Seite. Aber der Vorwurf der Taktiererei geht nun wirklich fehl, wenn wir über eine parlamentarische Initiative beraten, welche nun seit sieben Jahren in Behandlung steht. Die muss auch einmal zu Ende geführt werden. Nur das wollte ich zum Ausdruck bringen.

Couchepin Pascal, conseiller fédéral: Messieurs Jenny et Kuprecht ont mené une discussion de fond sur l'initiative

elle-même. Ils savent comme nous que ce n'est pas de ça qu'il s'agit, mais simplement de savoir si on veut prolonger de quelques mois la procédure.

Les avantages sont plus grands que les désavantages. Quels désavantages y a-t-il à prolonger de quelques mois le délai imparti pour traiter l'initiative populaire? Il n'y a rien qui presse de prendre une décision, il y a longtemps qu'on en parle. Alors, comme l'a dit quelqu'un, si au moins on connaît le contre-projet indirect, on peut savoir ce qui va se passer dans ce domaine. Je crois que refuser la prolongation du délai, c'est un petit peu livrer un combat de principe.

Je voudrais quand même dire à Monsieur Kuprecht, quand il parle de 400 millions de francs comme d'un chiffre absolument insupportable si le projet issu de l'initiative parlementaire Fankhauser était accepté sous la forme proposée par le Conseil national: on a par an environ 200 milliards de francs de salaires qui sont distribués en Suisse. On peut estimer de 1 à 1,5 pour cent par an l'augmentation nominale de la masse salariale: cela fait 3 milliards de francs supplémentaires par an. 400 millions, par rapport à 3 milliards de francs d'augmentation de la masse salariale par an, c'est important, mais ce n'est pas décisif; et il ne faut pas faire de cette initiative quelque chose qui risquerait de mettre en péril l'économie. Les ordres de grandeur montrent bien qu'il ne s'agit pas d'une décision absolument dramatique pour l'économie.

Mais on en parlera plus tard; aujourd'hui, il s'agit de savoir si on est d'accord de prolonger d'une année le délai de traitement de l'initiative populaire.

Avec votre commission, avec le Conseil national, je vous invite à le faire et à ne pas mener un combat de principe là où ce n'est pas nécessaire.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 26 Stimmen

Für den Antrag Jenny 9 Stimmen

04.3611

Motion Berberat Didier. Sistierung der Versicherungspflicht während der Rekrutenschule

Motion Berberat Didier. Suspension de l'obligation d'assurance pendant l'école de recrues

Einreichungsdatum 08.10.04

Date de dépôt 08.10.04

Nationalrat/Conseil national 18.03.05

Bericht SIK-SR 02.05.05

Rapport CPS-CE 02.05.05

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.05

Präsident (Büttiker Rolf, erster Vizepräsident): Es liegt ein schriftlicher Bericht der Kommission vor. Sie beantragt einstimmig die Annahme der Motion. Der Bundesrat beantragt ebenfalls die Annahme der Motion.

Kuprecht Alex (V, SZ): Die vorliegende Motion greift ein Problem auf, das für viele Rekruten und wahrscheinlich auch für Beförderungsdienstleistende gravierend ist und sie teilweise an den Rand der Existenz bringen kann. Zudem ist die heutige Lösung als klassische Doppelversicherung zu betrachten. Das heutige System mit der Rückerstattung der bereits geleisteten Prämien nach erfolgter Dienstleistung ist stossend und bedarf meines Erachtens einer dringenden und raschen Korrektur.